

**Zeitschrift:** Pro Senectute : schweizerische Zeitschrift für Altersfürsorge, Alterspflege und Altersversicherung

**Band:** 50 (1972)

**Heft:** 4

**Artikel:** Eröffnungsansprache von Bundesrat H.P. Tschudi, Präsident der Schweiz. Stiftung für das Alter, an der Abgeordnetenversammlung in Neuenburg, 30. Oktober 1972 = Allocution d'ouverture du conseiller fédéral H.P. Tschudi, président de la Fondation suisse po...

**Autor:** [s.n.]

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-721415>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 18.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Der Präsident der Stiftung, Bundesrat H. P. Tschudi, hat in seiner Eröffnungsansprache vor den Abgeordneten der Stiftung vor allem drei Problemkreise beleuchtet: Die Bedeutung des neuen Verfassungsartikels 34quater in bezug auf die zukünftige Stellung der Stiftung, welche «eine verfassungsrechtliche und damit auf Dauer angelegte Grundlage erhalte», das zukünftige Programm im Rahmen des neuen Verfassungsartikels sowie die Neuordnung der Krankenversicherung. Seine interessanten Ausführungen sind in deutscher und französischer Sprache abgedruckt.

Die Redaktion

## **Eröffnungsansprache von Bundesrat H. P. Tschudi, Präsident der Schweiz. Stiftung Für das Alter, an der Abgeordnetenversammlung in Neuenburg am 30. Oktober 1972**

Die Schweizerische Stiftung Für das Alter hat die Uebung, ihre Jahresversammlung in einem freien Turnus in sämtlichen Kantonen durchzuführen. Dadurch soll unseren Abgeordneten die Gelegenheit geboten werden, in näheren Kontakt mit den Behörden und mit unseren Kantonalkomitees des gastgebenden Kantons zu kommen. Der Einladung, 1972 in Neuenburg zu tagen, haben wir mit grosser Freude Folge geleistet. Neuenburg geniesst wegen seiner herrlichen Lage, wegen der Liebenswürdigkeit seiner Bewohner, wegen seines reichen historischen Erbes und wegen seiner bedeutenden kulturellen Leistungen im ganzen Land besondere Sympathien. Der Kanton steht aber auch unserer Arbeit nahe, weil seine Bevölkerung für sozialpolitische Fragen sehr aufgeschlossen ist. Neuenburg zeichnet sich durch fortschrittliche Regelungen auf den Gebieten der Alters- und der Krankenfürsorge aus. Auch das Kantonal-Komitee unserer Stiftung zeigt erfreuliche Aktivität und Initiative, weil es sich getragen weiss vom Wohlwollen der Behörden und der Bevölkerung. Ich danke dem Kantonal-Komitee Neuenburg für die vorzügliche Organisation unserer Tagung. Herr Staatsrat René Meylan erweist uns die Ehre, unseren Beratungen beizuwohnen. Ich begrüesse ihn herzlich, und ich danke ihm für seinen Einsatz zu Gunsten der Betagten; als Beispiel sei seine Mitarbeit in der Eidg. AHV-Kommission erwähnt. Freundlich willkommen heisse ich auch alle weiteren Gäste sowie unsere Delegierten aus sämtlichen Landesteilen. Ich hoffe, dass sie mit neuem Mut und voller Tatkraft von Neuenburg zurückkehren und ihr wichtiges, betagten Mitmenschen dienendes Tagewerk wieder aufnehmen werden.

Die Stiftung erfüllt bedeutsame Aufgaben im Rahmen der

Altersvorsorge und -fürsorge. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennen aus täglichen Kontakten die Bedürfnisse der älteren Generation sehr genau. Deshalb sind wir brennend daran interessiert, dass diese gewaltigen Probleme unserer Gesellschaft einer befriedigenden Lösung zugeführt werden. Die Basis hierfür wird der neue Verfassungsartikel 34quater bilden, den die Eidg. Räte angenommen haben, und der anfangs Dezember Volk und Ständen zum Entscheid unterbreitet wird. Die beiden wesentlichen Prinzipien lauten:

— Die Renten der AHV müssen den Existenzbedarf angemessen decken

— Bei den Arbeitnehmern sind diese Leistungen durch die betriebliche oder berufliche Altersvorsorge soweit zu ergänzen, dass nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben die gewohnte Lebenshaltung in angemessener Weise gewährleistet bleibt.

Als Fachleute wissen Sie, dass das ehrgeizige und hochgesteckte Ziel der Erhaltung des bisherigen Lebensstandards im Alter nur durch das Zusammenwirken mehrerer Kräfte erreicht werden kann. Das 3-Säulen-Prinzip ist keine theoretische Konstruktion, sondern geht von der sozialen Gegebenheit aus. Nur durch die Kombination von staatlicher AHV und obligatorischer Pensionsversicherung können für die alleinstehenden Versicherten Renten im Ausmass von 60 % des früheren Lohns, für Ehepaare sogar höhere Prozentsätze gesichert werden.

Es darf erwartet werden, dass durch die Annahme des von der Bundesversammlung genehmigten neuen Verfassungsartikels die finanziellen Sorgen im Alter in absehbarer Zeit behoben werden können. Damit werden aber bei weitem nicht sämtliche Probleme der Betagten gelöst sein. Unsere Stiftung begrüsst es besonders, dass sich im Gegenentwurf zur PdA-Initiative folgender Absatz findet: *«Der Bund fördert die Eingliederung Invaliden und unterstützt Bestrebungen zu Gunsten Betagter, Hinterlassener und Invaliden. Für diesen Zweck kann er Mittel aus der eidgenössischen Versicherung heranziehen.»*

Damit wird anerkannt, dass die Altersfürsorge eine bleibende Verpflichtung von zwingender Notwendigkeit ist. In der Botschaft des Bundesrates wurde hervorgehoben, dass ein direktes Tätigwerden des Bundes bei der Betreuung und Pflege der alten und invaliden Mitbürger nicht in Betracht komme; die Verwirklichung sei deshalb Aufgabe der zuständigen privaten und öffentlichen Institutionen sowie der Kantone und Gemeinden. Beson-

ders erwähnt werden die Stiftung Für das Alter, die Vereinigung Pro Infirmis und die Stiftung Pro Juventute. Diese drei privaten Institutionen sollen nach Auffassung des Bundesrates mit Hilfe von Bundessubventionen weiterhin gewisse Lücken schliessen, da ja die Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen nicht jeden Einzelfall voraussehen können. Sofern Volk und Stände dem neuen Artikel 34quater zustimmen, wird unsere Stiftung eine verfassungsrechtliche und damit auf Dauer angelegte Grundlage erhalten. Die Initiative für die Einführung einer Volkspension, die gleichzeitig mit dem Gegenvorschlag der Bundesversammlung zur Abstimmung kommen wird, enthält keine Bestimmung über die Eingliederung Invaliden und über die Betreuung und Pflege der Betagten und der Invaliden, worin eine erhebliche Lücke erblickt werden muss. Auch würde bei Annahme des Volksbegehrens der PdA die verfassungsrechtliche Basis für die Unterstützung von Heimen für Betagte, Invalide und Hilflose wie auch der Ausbildung von Fachpersonal fehlen.

Vom umfassenden Programm des neuen Verfassungsartikels wird im Hinblick auf ein gesichertes Alter ein nicht unwesentlicher Teil bereits auf den 1. Januar 1973 verwirklicht. Zwar nehmen der Auf- und Ausbau der zweiten Säule Zeit in Anspruch. Um so wichtiger ist es, dass die 8. AHV-Revision rasch realisiert werden konnte und demnächst in Kraft tritt. Sie wird allen Rentnern — Alt- wie Neurentnern — ab Neujahr sehr erhebliche Rentenerhöhungen bringen. Im Vergleich zu den Ansätzen der 7. Revision (vom 1. Januar 1969) erfolgt eine Verdoppelung. Diese Rentenerhöhung wird sofort die Lebensbedingungen der älteren Generation wesentlich verbessern. Ich verkenne keineswegs, dass besonders in städtischen Verhältnissen mit teuren Wohnungsmieten das Ziel der «angemessenen Deckung des Existenzbedarfs» noch nicht voll erreicht wird. Deshalb wird auf den 1. Januar 1975 eine weitere Heraufsetzung der Renten eintreten. Für die Schützlinge der Stiftung Für das Alter erscheint als besonders wichtig, dass durch Ergänzungsleistungen die finanzielle Lücke ausgefüllt wird. Nach den Beschlüssen der Eidg. Räte wird den Betagten und Invaliden, deren Renten und sonstige Einkommen die folgenden Grenzen nicht erreichen, die fehlenden Beträge als Ergänzungsleistungen ausgerichtet: Fr. 6 600.— für Alleinstehende und Fr. 9 900.— für Ehepaare. Zu diesen Einkommensgrenzen kommen noch Zuschläge bei hohen Mietzinsen sowie für Krankenversicherungsprämien hinzu.

Unsere Stiftung als Betreuerin betagter Mitmenschen ist besonders an der Leistungsseite der AHV interessiert. Wir wissen aber, dass nur Renten ausgerichtet werden können, soweit sie finanziert sind. Deshalb heben wir dankbar hervor, dass unsere Bevölkerung bereitwillig eine ins Gewicht fallende Prämienerrhöhung sowie eine erhebliche steuerliche Belastung des Tabaks in Kauf genommen hat. Auch im Haushalt des Bundes und in den Budgets der Kantone werden sich die stark heraufgesetzten Beiträge an die AHV und an die Invalidenversicherung deutlich bemerkbar machen. Die Solidarität der berufstätigen Bevölkerung mit den Betagten und Invaliden verdient höchste Anerkennung. Jedenfalls auf diesem Gebiet konnte bis jetzt der oft beklagte Materialismus und Egoismus nicht festgestellt werden. Ich hoffe, dass diese Gesinnung auch in Zukunft aufrechterhalten bleibt und dass sie sich vor allem in der Volksabstimmung vom 3. Dezember eindrücklich manifestieren wird.

Ein wichtiges soziales Problem der älteren Generation kann durch den Ausbau der Altersvorsorge nicht gelöst werden: die Deckung der im Alter oft sehr hohen Krankheitskosten. Der Neuordnung unserer Krankenversicherung kommt somit für unsere Stiftung, vor allem aber für die von uns betreuten alten Leute, grösste Aktualität zu. Unser Zentralsekretär hat deshalb in der Expertenkommission, die das sogenannte Flimser Modell ausgearbeitet hat, mitgewirkt.

Es kann nicht Gegenstand dieser Eröffnungsansprache sein, die komplexen Probleme der Revision der Krankenversicherungsgesetzgebung zu erörtern. Hingegen geziemt es sich, hier anerkennend festzustellen, dass die Expertenkommission die Notwendigkeit der Deckung der Krankenpflegekosten im Alter erkannt und einen interessanten Lösungsvorschlag erarbeitet hat. Die Altersrentner sollen in die als allgemeine und obligatorische Volksversicherung ausgestaltete Spitalversicherung einbezogen werden. Da im Alter längere Spitalbehandlungen häufiger sind als in jüngeren Jahren, würde diese neue Versicherungsart sich für die Betagten als wesentliche Entlastung auswirken. Eine Erhebung im Kanton Waadt hat gezeigt, dass 50 % aller Betten in Spitälern und Heimen von über 65jährigen Personen belegt sind. Leider ist die Versicherungsdichte im Rahmen der freiwilligen Krankenversicherung bei der älteren Generation eher niedriger als bei jüngeren Jahrgängen, obwohl bei ihr das Bedürfnis nach der Kostentragung durch die Versicherung stärker wäre. Den An-

trag der Experten, es sei den nicht versicherten Betagten eine einmalige Gelegenheit zu geben, sich der allgemeinen Krankenversicherung anzuschliessen, und zwar unbekümmert darum, weshalb sie zurzeit nicht oder nicht mehr versichert sind, möchte ich lebhaft unterstützen. Als Folge dieses Vorschlags rechnet die Expertenkommission mit nahezu 300 000 Eintritt in die Krankenkassen. Durch die Aufnahme dieser grossen Zahl von neuen Mitgliedern würden jährliche Mehrkosten von 83 Millionen Franken entstehen. Diese Ausgaben können von der Krankenversicherung nicht übernommen werden ohne zusätzliche Einnahmen. Bei der heutigen ungünstigen Finanzlage von Bund und Kantonen stossen aber Begehren auf Heraufsetzung der Staatsbeiträge rasch an unüberwindliche Schranken. Infolgedessen muss das Subventionssystem umgestaltet werden. Auf die generelle Ausrichtung von Kopfbeiträgen wird verzichtet. In Aussicht genommen werden dagegen besondere Beiträge zu Gunsten wirtschaftlich schwächerer Versicherter, damit deren Prämien an ihre Krankenkassen herabgesetzt werden können. Nach dem zweifellos begründeten Vorschlag der Expertenkommission soll diese Reduktion für wenig bemittelte Betagte noch verstärkt werden.

Das Flimser Modell hat vehemente Kritik ausgelöst, und zwar aus verschiedenen Kreisen und zum Teil mit gegensätzlichen Argumenten. Das weitere Vorgehen, um zu einer Neuordnung der Krankenversicherung zu gelangen, ist deshalb zurzeit Gegenstand eingehender Prüfung. Keiner Diskussion bedarf aber das Bedürfnis der Betagten nach einer leistungsfähigen Krankenversicherung. Die Tatsache kann nicht bestritten werden, dass ältere Leute in Not kommen, wenn sie von einer länger dauernden oder gar chronischen Krankheit betroffen werden. Ferner muss die Prämiengestaltung der Versicherung ihren knappen Mitteln Rechnung tragen, da sie auch nach der wesentlichen Verbesserung der Altersvorsorge nicht in der Lage sein werden, hohe Krankenkassenbeiträge zu bezahlen. Bei den Auseinandersetzungen über die Revision der Krankenversicherung werden zahlreiche Gesichtspunkte vorgebracht; doch wird die schwierige Lage der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Generation zu wenig beachtet. Die Stimme der Betagten ist zu schwach; um so deutlicher haben sich gemeinnützige Institutionen und Vereinigungen auszusprechen, die sich der Altersfürsorge widmen. Vor allem aus Rücksicht auf unsere alten Mitbürgerinnen und Mitbürger darf die Revision der Krankenversicherungsgesetzgebung

weder zu sehr verzögert noch gar zum Scheitern gebracht werden. Für unsere Stiftung beginnt nach der heutigen Abgeordnetenversammlung wieder der Alltag mit seinen laufenden Verpflichtungen. Jede dieser Tagungen soll einen Schritt vorwärts markieren. Wir wollen unsere Leistungen überprüfen. Tätigkeiten, die wegen des Ausbaus der Sozialversicherung oder wegen der gesellschaftlichen Entwicklung als überholt erscheinen, müssen aufgegeben werden. Dies gibt die Möglichkeit, neu auftretenden Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Die Stiftung muss den Mut haben, Experimente zu unternehmen, um den Schwierigkeiten der älteren Leute immer besser entgegenzutreten zu können. Mit Initiative und Phantasie wollen wir ihre Nöte und Sorgen zu bekämpfen suchen. Unsere Kräfte und unsere Mittel müssen so eingesetzt werden, dass den Betagten immer umfassender und wirksamer gedient werden kann. Als Konstanten bleiben aber das soziale Verantwortungsbewusstsein und die mitmenschliche Anteilnahme unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In diesem Geiste kann die Stiftung Für das Alter neben ausgebauten Sozialversicherungen Bestand und Bedeutung bewahren und verdienstvolle Arbeit zum Wohle der Betagten leisten.

**Allocution d'ouverture de M. H. P. Tschudi,  
conseiller fédéral, président de la Fondation  
suisse Pour la Vieillesse, à l'assemblée  
des délégués du 30 octobre 1972, à Neuchâtel**

La Fondation suisse Pour la Vieillesse a pour habitude de tenir son assemblée annuelle chaque fois dans un autre canton. Les délégués ont ainsi l'occasion d'entrer en contacts plus étroits avec les autorités et les comités de notre fondation dans les divers cantons d'accueil. C'est avec une grande joie que nous avons accepté l'invitation du canton de Neuchâtel pour cette année. En effet, Neuchâtel est sympathique à tous les Suisses en raison de son agréable situation, de l'amabilité de ses habitants, de son riche héritage historique et de son important apport à la vie culturelle. Mais ce canton est aussi très proche de notre activité, car sa population fait preuve d'une grande compréhension pour les questions sociales. Le canton de Neuchâtel est à l'avant-garde en matière d'aide à la vieillesse et aux malades. Quant à notre comité cantonal, il se distingue par son activité et ses initiatives réjouissantes, se sentant appuyé par la population et les autorités.

159 Je remercie le comité cantonal de Neuchâtel de la façon excellente

dont il a organisé cette réunion. M. le conseiller d'Etat René Meylan nous fait l'honneur d'assister à nos assises. Je le salue cordialement, et le remercie de tout ce qu'il fait en faveur des personnes âgées, par exemple en participant aux travaux de la commission fédérale AVS. Je souhaite aussi la bienvenue à tous nos autres invités ainsi qu'à nos délégués de toutes les régions du pays. J'espère qu'ils rentreront chez eux avec un nouveau courage et pleins d'énergie pour reprendre leur travail journalier au service de nos concitoyens âgés.

La Fondation accomplit des tâches importantes en matière de prévoyance-vieillesse et d'aide à la vieillesse. En raison de leurs contacts quotidiens, nos collaboratrices et collaborateurs connaissent de manière très exacte les besoins du troisième âge. C'est pourquoi nous sommes extrêmement intéressés à ce que notre société réponde de manière satisfaisante à ces besoins. La base constitutionnelle permettant de résoudre les problèmes de toute importance qui se posent sera constituée par le nouvel article 34quater de la Constitution que l'Assemblée fédérale a adopté, et qui sera soumis au vote du peuple et des cantons au début de décembre. Les deux principes essentiels de cet article sont les suivants:

— Les rentes de l'AVS doivent couvrir les besoins vitaux dans une mesure appropriée

— Ces prestations doivent, pour les salariés, être complétées par la prévoyance-vieillesse professionnelle de telle façon que, lorsqu'elles quittent la vie active, les personnes âgées puissent maintenir leur niveau de vie antérieur de façon appropriée.

En tant que spécialistes, vous savez que ce but audacieux: le maintien du niveau de vie antérieur ne peut être atteint que grâce à l'action conjointe de plusieurs forces. Le principe des trois piliers n'est pas une vue de l'esprit, mais exprime la réalité sociale. Ce n'est qu'en combinant l'AVS/AI d'Etat avec l'assurance-pensions professionnelle obligatoire que l'on garantira aux personnes seules des rentes égales à 60 % de leur revenu antérieur, et aux couples une part encore plus importante de ce revenu.

On peut s'attendre à ce que, une fois admis le nouvel article constitutionnel qui a été approuvé par l'Assemblée fédérale, il soit possible dans un avenir relativement proche d'enlever tout souci financier aux personnes âgées. Ce qui ne veut certes pas dire que celles-ci n'auront plus aucun problème. Notre Fondation est donc particulièrement heureuse de voir figurer dans le contre-projet à l'initiative du Parti du travail l'alinéa suivant:



*«La Confédération encourage la réadaptation des invalides et soutient les efforts entrepris en faveur des personnes âgées, des survivants et des invalides. Elle peut utiliser à cette fin les ressources financières de l'assurance fédérale».*

On reconnaît ainsi que l'aide à la vieillesse est une obligation permanente d'une nécessité contraignante. Le message du Conseil fédéral souligne qu'une intervention directe de la Confédération en matière de soins et d'assistance aux personnes âgées et aux invalides n'entre pas en considération; ces tâches incombent donc aux institutions privées ou publiques compétentes, ainsi qu'aux cantons et aux communes. Le message mentionne particulièrement la Fondation Pour la Vieillesse, l'Association Pro Infirmis et la Fondation Pro Juventute. Selon le Conseil fédéral, ces trois institutions privées doivent, à l'aide de subventions fédérales, continuer à combler certaines lacunes dues au fait que les dispositions légales et réglementaires ne peuvent pas prévoir chaque cas particulier. Si le peuple et les cantons acceptent le nouvel article 34quater, notre fondation aura une base constitutionnelle et donc durable. L'initiative pour une véritable retraite populaire qui sera soumise au vote en même temps que le contreprojet de l'Assemblée fédérale ne contient aucune disposition sur la réadaptation des invalides et sur l'aide et les soins aux personnes âgées, ce qu'il faut considérer comme une grave lacune. Si l'initiative du Parti du travail était acceptée, l'aide financière aux maisons pour personnes âgées, invalides et impotents et à la formation de personnel spécialisé manquerait aussi de base constitutionnelle.

Une partie non négligeable du programme complet que contient le nouvel article constitutionnel sera déjà réalisé quant aux moyens financiers garantis aux personnes âgées, le 1er janvier 1973. Certes, il faudra un certain temps pour établir et développer le deuxième pilier. Il est donc d'autant plus important qu'on ait pu réaliser rapidement la 8e révision AVS qui entrera en vigueur sous peu, et, dès le 1er janvier prochain, augmentera très sensiblement aussi bien les rentes en cours que les nouvelles rentes. Par rapport aux taux de la 7e révision (entrée en vigueur le 1er janvier 1969), le minimum et le maximum de la rente sont doublés. Cette augmentation améliorera immédiatement et dans une forte mesure les conditions de vie des personnes âgées. Je ne méconnaiss nullement le fait qu'en particulier dans les villes où les loyers sont élevés le but — soit «la couverture des besoins vitaux dans une mesure appropriée» — ne sera pas encore complètement atteint. C'est

pourquoi les rentes seront augmentées une fois encore le 1er janvier 1975. Il est particulièrement important pour les protégés de la Fondation Pour la Vieillesse que la lacune financière qui subsiste soit comblée par les prestations complémentaires. Selon les décisions des Chambres fédérales, les personnes âgées et les invalides dont les rentes et les autres revenus n'atteignent pas 6 600 francs, s'il s'agit d'une personne seule, et 9 900 francs, s'il s'agit d'un couple, recevront le montant manquant à titre de prestation complémentaire. Des suppléments pour loyers élevés et pour cotisations à l'assurance-maladie viennent encore s'ajouter à ces revenus limites.

Notre Fondation, parce qu'elle s'occupe de personnes âgées, est particulièrement intéressée à l'aspect «prestations» de l'AVS. Mais nous savons que, pour que des rentes puissent être versées, il faut que leur financement soit garanti. C'est pourquoi nous sommes reconnaissants que notre population accepte de payer des cotisations sensiblement accrues, de même qu'un important impôt sur le tabac. La forte augmentation des contributions à l'AVS et à l'assurance-invalidité se fera aussi nettement remarquer dans les budgets de la Confédération et des cantons. Il faut savoir apprécier à sa juste valeur la solidarité dont fait preuve la population active en faveur des personnes âgées et des invalides. Dans ce domaine en tout cas, on n'a pas constaté jusqu'ici le matérialisme et l'égoïsme dont on se plaint si souvent. J'espère que cet état d'esprit se maintiendra à l'avenir et surtout qu'il se manifestera clairement lors de la votation populaire du 3 décembre.

Il y a un important problème social du troisième âge que l'on ne peut résoudre en développant la prévoyance-vieillesse, c'est celui de la couverture des frais de maladie, qui sont souvent très élevés dans la vieillesse. Aussi le problème d'un nouveau régime d'assurance-maladie est-il d'une grande actualité pour notre fondation, mais surtout pour les personnes âgées dont nous nous occupons. C'est pourquoi notre secrétaire général a collaboré aux travaux de la commission d'experts qui a élaboré le modèle dit «de Flims».

Dans cette allocution d'ouverture, je ne saurais traiter en détail des problèmes complexes de la révision de la législation sur l'assurance-maladie. Il est cependant indispensable de relever que la commission d'experts a compris la nécessité de couvrir les frais médico-pharmaceutiques des personnes âgées et qu'elle a fait une proposition intéressante à ce sujet. Les bénéficiaires de rentes de

vieillesse seraient, d'après cette proposition, compris dans l'assurance pour frais d'hospitalisation conçue comme une assurance obligatoire pour l'ensemble de la population. Etant donné que les traitements hospitaliers de longue durée sont plus fréquents dans la vieillesse que dans la jeunesse et l'âge mûr, cette nouvelle assurance diminuerait dans une forte proportion les charges des personnes âgées. Une enquête faite dans le canton de Vaud a montré que 50 pour-cent des lits dans les hôpitaux et les homes étaient occupés par des personnes de plus de 65 ans. Malheureusement, la proportion des personnes âgées qui sont assurées facultativement est inférieure à celle que l'on peut constater pour les catégories de personnes plus jeunes, alors même que le troisième âge aurait un plus grand besoin de voir ses frais couverts par l'assurance. J'appuie très énergiquement la proposition des experts tendant à ce que les personnes âgées non encore assurées aient la possibilité pendant une période déterminée d'adhérer à l'assurance-maladie générale, quelle que soit la raison pour laquelle elles n'ont jamais été assurées ou ne le sont plus. La commission d'experts a estimé à près de 300 000 le nombre des personnes qui s'assureraient si cette proposition était réalisée et à 83 millions de francs par an les frais supplémentaires qui résulteraient de leur adhésion. Ces dépenses ne pourraient pas être assumées par l'assurance-maladie si des ressources supplémentaires ne lui étaient garanties. Or, vu la situation financière difficile de la Confédération et des cantons, les demandes d'augmentation des contributions des pouvoirs publics se heurtent rapidement à des limites infranchissables. C'est pourquoi, il faut transformer le système de subventions et renoncer au versement général de subsides par tête. Les experts envisagent des subsides spéciaux en faveur des assurés dont la situation économique n'est pas des meilleures afin que les cotisations qu'elles doivent payer à leur caisse-maladie puissent être réduites. Selon la proposition, sans aucun doute justifiée, de la commission d'experts, cette réduction doit encore être plus forte pour les personnes à ressources modestes.

Le modèle de Flims a suscité des critiques véhémentes de la part de milieux divers et les arguments invoqués sont parfois contradictoires. Dès lors, on examine actuellement de façon approfondie quelle est la procédure à suivre pour aboutir à un nouveau régime d'assurance-maladie. Mais on ne saurait discuter le besoin qu'ont les personnes âgées d'une assurance-maladie versant de bonnes prestations. Il est incontestable que des personnes âgées

tombent dans la misère lorsqu'elles sont atteintes d'une maladie de longue durée ou même chronique. En outre, il faut que les cotisations que ces personnes doivent payer à l'assurance cadrent avec de leurs ressources limitées, car, même après l'amélioration importante de la prévoyance-vieillesse, le troisième âge ne sera pas en mesure de payer des cotisations élevées. De nombreux avis ont été exprimés dans les discussions relatives à la révision de l'assurance-maladie, mais on prend trop peu en considération la situation difficile des personnes qui ne sont plus dans la vie active. La voix des personnes âgées est trop faible; c'est pourquoi les institutions et les associations d'utilité publique qui s'occupent de l'aide aux personnes âgées doivent s'exprimer d'autant plus clairement. Par égard pour nos concitoyens et concitoyennes âgés, surtout, la révision de la législation sur l'assurance-maladie ne devrait ni être trop retardée ni, encore moins, échouer. Pour notre Fondation, la vie quotidienne avec ses obligations régulières va reprendre son cours après cette assemblée de délégués. Chacune de nos rencontres doit être l'occasion d'un pas en avant. Il nous faut réexaminer notre travail. Les activités qui, du fait du développement des assurances sociales ou de l'évolution de la société, sont dépassées doivent être supprimées. Nous aurons ainsi la possibilité de prendre en considération des besoins nouveaux. La Fondation doit avoir le courage de tenter des expériences pour pouvoir toujours mieux lutter contre les difficultés que rencontrent les personnes âgées. Nous voulons combattre leurs soucis et leurs peines à force d'initiative et d'imagination. Nos énergies et nos ressources doivent être utilisées au service des personnes âgées de manière toujours plus complète et plus efficace. Mais le sens responsabilités sociales et la sympathie humaine sont une constante chez nos collaborateurs et collaboratrices. C'est pourquoi la Fondation Pour la Vieillesse conserve tout son sens et son importance en sus d'assurances sociales développées, et peut accomplir un travail méritoire pour le bien du troisième âge.